

## DIE ENTWICKLUNG DER BAUWIRTSCHAFT VON 1918 BIS HEUTE

Regierungsbaumeister a. D. Dr.-Ing. Robert Riedel, Berlin\*)

Die Neuordnungen der Regierung Adolf Hitlers auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet bedeuten, wie zu erkennen ist, einen völligen Umbruch. Die durch die Wirtschaftskrise zerrissenen Fäden zu Formen und Gedankengängen der Vergangenheit bleiben zerrissen; die Trennung ist vollständig. Um die Bedeutung der Bauwirtschaft innerhalb des Aufbaus darzulegen, soll dieser Rückblick zeigen, welches die inneren Ursachen zu dem Zusammenbruch waren und warum völlig neue Wege eingeschlagen werden mußten.

### Richtung der Sozialpolitik

Es mag im Wesen der materialistischen Weltanschauung und den ihr verfallenen Personen liegen, daß die organisatorischen Kräfte gegenüber den schöpferischen Kräften überwiegen. Es führt dies zu einer Überschätzung der mechanischen Dinge. Man beobachtet daher, daß Formen des materiellen Lebens, Wirtschaft und Handel, bestimmenden Einfluß haben auf die Gestaltung der politischen Entwicklung. Aus dieser Umklammerung des Materialismus sind wir erst jetzt befreit. Durch die nationale Revolution ist uns das Primat der Politik zur Selbstverständlichkeit geworden. Hiermit haben die geistigen Zielsetzungen den bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung unseres materiellen und technischen Lebens erlangt.

Als im Jahre 1918 die Männer des Novembers die Staatsführung übernahmen, war ihnen die Aufgabe gestellt, eine Reorganisation des wirtschaftlichen Lebens der Nation vorzunehmen. Die Kriegsindustrie beispielsweise, die das letzte Dorf in Deutschland erfaßt hatte, mußte übergeführt werden in eine den Friedensbedürfnissen des Volkes dienende Industrie. Diese Neuordnung sollte nach dem Willen dieser Männer die Sozialisierung nach dem Parteiprogramm gleichzeitig mit sich bringen. Obgleich dieser Staatsführung die unbeschränkten Machtmittel des Staates zur Verfügung standen, hat sie einen Erfolg in ihrem eigenen Sinne nicht erreichen können. Vielmehr sind die Nachkriegsjahre gekennzeichnet durch einen üppig aufschießenden Liberalismus und durch die Aufblähung eines Hochkapitalismus, der aus sich heraus zum Ruin der Wirtschaft führte. Hierbei sei des Verbrechens der Inflation nur nebenbei Erwähnung getan. Daß auch noch Mißwirtschaft und Korruption in so weitem Maße um sich greifen konnten, gibt dieser Entwicklung noch eine tragische Note.

Nach Beendigung des Krieges herrschte, durch den Ausfall während der schweren Kriegsjahre, auf allen Ge-

bieten ein Riesenbedarf; der Absatzmarkt war fast erschöpft. Es war ein Ziel der Sozialpolitik, die nunmehr eingeschlagen wurde, die Konsumkraft der Bevölkerung auf einem hohen Niveau zu halten. Neben der Zufriedenstellung der Massen sollte hierdurch auch eine Befestigung der innerpolitischen Verhältnisse in dem der Sozialdemokratie eigenen Sinne erreicht werden. Dieser Grundgedanke beherrscht in den ganzen nachfolgenden Jahren die Sozialpolitik und hat zu nicht geahnten Auswirkungen auf unser Wirtschaftsleben geführt. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Lohnpolitik zu betrachten, die, auf dem Tarifwesen und dem Betriebsrätegesetz fußend, dem Arbeiter nicht nur ein gutes Einkommen zu garantieren suchte, sondern ihn auch allmählich in die Klassifikation des beamteten Arbeiters hinüberführen wollte. Es ist nicht Zufall, daß der Staat der Nachkriegszeit an einer Überkapazität des Beamtentums zu leiden hatte. Andererseits war es der Wirtschaft nur möglich, mit dieser Lohnpolitik und der Konsumförderung Schritt zu halten, wenn sie sich Produktionsmethoden nutzbar machte, die auf rationellste Art den Lohnanteil ausnutzten. So verdanken wir, durch die psychologische Einwirkung des materialistischen Denkens verursacht, der Überschätzung des technischen Mechanismus die Idee der Rationalisierung und Fließarbeit, und im Zusammenhang damit entsteht die verstärkte Industrialisierung bisher wenig mechanisierter Gewerbezweige und die Konzern- und Syndikatsbildung. Das Bemerkenswerteste an diesem Organisations-schematismus ist, daß die Selbstverantwortung des Einzelnen immer mehr verschwindet zugunsten der allenthalben entstehenden Verwaltungsbehörde. Man geht nicht fehl, wenn man behauptet, daß gerade bei größeren Unternehmungen die Privatinitiative nur noch auf einzelne wenige führende Köpfe beschränkt wurde.

Die Stärkung der Konsumkraft von seiten des Lohnes findet eine natürliche Begrenzung in der Ertragsfähigkeit des jeweils betroffenen Industriezweiges. Wenn durch zu hohe Lohnsätze die Rentabilität der Produktion in Frage gestellt wird, ist der tote Punkt erreicht. Wird durch übermäßige Rationalisierung ein großer Teil der Erwerbstätigen brotlos, so belasten diese die fürsorglichen Einrichtungen des Staates. Wir haben es später erleben müssen, daß durch diese Auswirkungen der Sozialpolitik der Staat der Mittel verlustig ging, gegenüber seinen Staatsbürgern seine sozialen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Gedanke des Tarifwesens war so starr in die Ordnung der Arbeitsverhältnisse eingebaut worden, daß er gegenüber Konjunkturschwankung und Zeitenwende unelastisch blieb. Ein theoretischer Idealzustand

\*) Die Diagramme entstammen der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ und den Vierteljahrsheften zur Konjunkturforschung (Verlag Reimar Hobbing, Berlin)

ist ein dauernd gleichbleibendes Verhältnis zwischen Ertrag der Wirtschaftsunternehmungen und Höhe des Lohnes. Abb. 1 zeigt in Diagrammform den tatsächlichen Verlauf, wobei die Ertragsfähigkeit der Unternehmungen am Kurs der Aktien gemessen ist. In Abb. 2 ist der Beziehungsmaßstab gegeben durch die Ausnutzung der Leistungskapazität der Produktionsstätten. Man erkennt aus diesen beiden Darstellungen das Mißverhältnis, wobei zu beachten ist, daß bereits in Zeiten der einigermaßen zufriedenstellenden Konjunktur unorganische Lohnverhältnisse geherrscht haben.



Abb. 1 und 2

Diese Entwicklung der Wirtschaft im Rahmen der Rationalisierung hat aber noch eine weitere, bevölkerungspolitisch außerordentlich wichtige Nebenwirkung gehabt. Viele der Kräfte, die hierdurch aus dem Produktionsprozeß unmittelbar ausgeschieden wurden, wanderten ab in den Handel. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß sich in den Nachkriegsjahren der am Zwischenhandel beteiligte Personenkreis dauernd vergrößert hat. Im Wesen des Handels liegt es, daß er sich Wirtschaftsmittelpunkte zu seiner Betätigung aussucht; das waren in diesem Falle unsere größeren Städte. Wenn in den letzten 14 Jahren die Großstädte einen dauernden Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen hatten, so beruht dies auf dieser Erscheinung. Diese stadtwärts gerichtete Entwicklung wurde unterstützt durch die Arbeitsuchenden, die in der Großstadt bei der größeren

Auswahl von Erwerbsmöglichkeiten Beschäftigung zu finden hofften. Abb. 3 zeigt den Bevölkerungszuwachs. Berücksichtigt man nur die Zeitspanne zwischen 1925 und 1933, so ergibt sich, daß von dem gesamten Bevölkerungszuwachs von 4,4 v. H. nur 0,6 v. H. den mittleren und kleinen Städten und dem Lande zugute gekommen

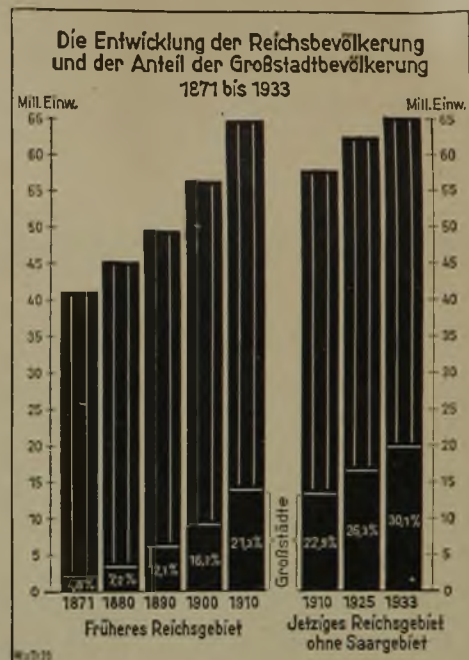


Abb. 3

sind. Es ist wiederum tragisch, daß eine Regierung, die sich um soziale Reformen bemühte und die Großstadtentwicklung als nicht wünschenswert erkannte, durch ihre Sozialpolitik in diesem Falle das Gegenteil erreichte bzw. keine Mittel und Wege fand, aus dieser Tatsache nachhaltige Folgerungen zu ziehen.

### Auswirkung auf das Baugewerbe

In den Jahren kurz nach dem Kriege lag das Schwergewicht der baugewerblichen Produktion beim gewerblichen Bau. Die Umstellung der Industrie von der Kriegszur Friedensproduktion, der Umbau der Werkstätten bei Einführung der Fließarbeit, die Standortverlagerung ganzer Industrien aus politischen Gründen, das Entstehen neuer Industriezweige, die Unabhängigmachung unseres Landes von manchen Teilen des ausländischen Wettbewerbs, alles dies waren im Rahmen unserer Volkswirtschaft Aufgaben gewaltigen Ausmaßes, von wo aus der gewerbliche Bau reichlich mit Aufträgen versorgt wurde. Zudem war die Industrie meistens in der Lage, von sich aus die erforderlichen Geldkapitalien flüssig zu machen. Bis ins Jahr 1925 hinein ist der Wert der baugewerblichen Produktion im gewerblichen Bau bemerkenswert höher als im Wohnungsbau. Die Tabelle gibt einen Überblick über den Wert der baugewerblichen Produktion von 1924 bis 1933.

Wert der baugewerblichen Produktion<sup>1)</sup>  
Schätzung in Mrd. RM.

Produktionszweig	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Wohnungsbau ...	1,10	1,85	2,10	2,90	3,20	3,50	3,00	1,70	0,6	0,6-0,7
Gewerblicher Bau	1,23	2,16	1,84	2,53	2,99	2,70	2,40	1,30	0,6	0,6
Öffentlicher Bau <sup>2)</sup>	1,11	1,81	1,85	2,38	2,72	2,70	1,70	1,00	0,9	1,8-2,3
Zusammen	3,44	5,82	5,79	7,81	8,91	8,90	7,10	4,00	2,1	3,0-3,5

<sup>1)</sup> Neubau und Unterhaltung

<sup>2)</sup> Einschl. des gesamten Tiefbaues, von dem ein kleiner Teil auch auf den gewerblichen Bau entfällt

Die Betätigung auf dem Gebiet des gewerblichen Baues blieb fast unberührt von unmittelbarer politischer Einfluß-

nahme des Staates. Desto nachhaltiger waren die mittelbaren Ausstrahlungen auf den Wohnungsbau und den öffentlichen Bau. Durch die Inflation war das Sparkapital ziemlich restlos verlorengegangen, sämtliche Quellen, aus denen die Finanzierung des Wohnungsbaues in Friedenszeiten gespeist wurde, waren versiegt; Neubildung von Kapital erfolgte in geringem Umfange, und das wenige verfügbare Geld wanderte in die Industrie. Diese Lage am Kreditmarkt zeigt am besten die folgende Tabelle der Zinssätze für erststellige Hypotheken unter Berücksichtigung des Normalzinssatzes des Auszahlungskurses, des Verwaltungskostenbeitrages und der Laufzeit:

Zinssätze:			
1924 . . . . .	12—13 v. H.	1927 . . . . .	8,25—9,25 v. H.
1925 . . . . .	10—12 „	1928 . . . . .	9,85—10,25 „
1926 . . . . .	8—9 „	1929 . . . . .	10,25—10,45 „

Die Spanne zwischen den Mieten einer durch Privatgeld finanzierten Wohnung und einer Altwohnung, deren Miete durch die Wohnungszwangswirtschaft auf niedriger Höhe gehalten wurde, war recht erheblich (vgl. Abb. 4). In dem Diagramm ist für die Neubauwohnung nur die reine Zinsbelastung gegeben, die Miete ist noch höher.



Abb. 4

Diese Spanne zwischen Neubau- und Altbauermiete ist während der ganzen Jahre der Zwangswirtschaft ein ungelöstes Problem geblieben. Selbst in bezuschußten Wohnungen mit Hauszinssteuer- und Zusatzhypotheken betrug die Miete für den Quadratmeter 14 bis 16 RM. Wenn man nach den Einkommensverhältnissen den tragbaren Mietsatz errechnet, kommt man bei der Kleinstwohnung auf einen Betrag von etwa 10 RM je Quadratmeter. Wenn heute in den Siedlungsblocks die Wohnungen leerstehen, ist dies ein Zeichen dafür, daß man am Bedarf vorbeigebaut hat. Die Bevölkerung ist heute vielfach wieder in die sanierungsbedürftigen Altstadtwohnungen zurückgekehrt oder wohnt in der Wohnlaube am Stadtrand.

### Auswirkung der politischen Einflußnahme

Die gewaltige erforderliche Bedarfsdeckung an benötigtem Wohnraum war selbstverständlich eine volkswirtschaftliche Aufgabe, die ohne Staatsaufsicht nicht durchgeführt werden konnte. Der Staat beschränkte sich aber nicht allein auf die Aufsicht, sondern trieb aktive Politik mit dem Ziel der Ausschaltung der Privatwirtschaft. Er bediente sich dazu neu entstandener und geschaffener Bauherrenorganisationen. Indem man sagte, die Privatwirtschaft müsse gegenüber einem derartigen Problem,

wie die Beschaffung des Wohnraumes, versagen, weil sie soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeiten nur erfüllen könne, wenn gleichzeitig ihr Rentabilitätsinteresse und Gewinnstreben ausreichend seine Rechnung findet, wurden vorwiegend nur noch sozialistisch gerichtete Organisationen als Bauherren zugelassen. Die Vermengung der Begriffe Rentabilitätsinteresse und Gewinnstreben führte zur Begründung der sogenannten gemeinnützigen Baugesellschaften. Allenthalben schossen diese durch private oder öffentliche Stellen gegründeten Unternehmungen empor und verursachten eine völlige Strukturwandlung im Baugewerbe. Das Baugenossenschaftswesen nahm einen ungeahnten Aufschwung. Während 1914 eine Zahl von 1583 gezählt wurde, gab es im Jahre 1931 nicht weniger als 4300 Baugenossenschaften. Wie groß der Einfluß dieser von der staatlichen Politik getragenen Bauherrenorganisationen war, zeigen die folgenden Übersichten: Von dem Gesamtergebnis der Wohnungserstellung wurden errichtet:

#### Im Deutschen Reich:

J a h r	durch öffentl. Körperschaften	durch gemeinn. Baugesellsch.	durch private Bauherren
1927 . . . . .	11,2 v. H.	30,1 v. H.	58,7 v. H.
1928 . . . . .	9,7 „	33,2 „	57,2 „

Je größer die Gemeinden waren, desto größer war auch diese politische Einflußnahme. Das belegt die folgende Statistik. Es wurden errichtet

#### 1927 (1928):

In Gemeinden mit Einwohnern	durch öffentl. Körperschaften	durch gemeinn. Baugesellsch.	durch private Bauherren
unter 2 000 . . . . .	7,7 ( 8,2) v. H.	6,0 ( 7,5) v. H.	86,8 (84,3) v. H.
2— 5 000 . . . . .	12,2 (11,7) „	13,8 (16,3) „	74,0 (72,0) „
5— 10 000 . . . . .	16,6 (12,1) „	19,5 (27,4) „	63,9 (60,4) „
10— 20 000 . . . . .	15,4 (13,6) „	26,6 (33,1) „	58,0 (53,3) „
20— 50 000 . . . . .	16,3 (13,1) „	35,4 (42,6) „	48,3 (44,3) „
50—100 000 . . . . .	13,8 (11,9) „	34,7 (39,8) „	51,5 (48,3) „
100 000 u. mehr . . . . .	8,8 ( 7,4) „	55,0 (51,1) „	36,2 (41,6) „

Ein bemerkenswertes Kennzeichen der neuen Bauherrenorganisationen ist, daß die ihnen zur Verfügung stehenden Geldkapitalien nicht auf dem offenen Kapitalmarkt aufgenommen waren, sondern aus den Mitgliedsbeiträgen der hinter diesen stehenden Arbeitnehmer- oder sonstigen Verbänden stammten. So hatte sich innerhalb unseres freien Wirtschaftssystems ein neues autonomes gebildet, das im Zusammenwirken mit den öffentlich-rechtlichen Körperschaften arbeitete. Als Beispiel sei hier z. B. der „Gagfah“ Erwähnung getan, die sich auf die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte stützte. Während sich in Friedenszeiten das Großkapital vom Bauen fernhielt und sein eigentliches Betätigungsgebiet in der Verwertung des Baubodens hatte, ist in den Nachkriegsjahren bei dieser neuen Bauherrenschicht die gegenläufige Entwicklung zu beobachten. Während man vor dem Kriege den sogenannten Großbauherren nicht kannte, bestimmte diese Bauherrenart die Nachkriegsbauwirtschaft ganz entscheidend. Der Sozialisierungsprozeß wirkte sich also letzten Endes in Konzernbildung aus und schuf für bestimmte Unternehmungen Wirtschaftsmonopole.

Diese Strukturänderung in dem Aufbau der Bauherrenschicht schuf die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu bestimmten technischen Maßnahmen. Eine Industrialisierung und Mechanisierung des Baugewerbes ist nur möglich, wenn der Kleinbetrieb zugunsten des Großbetriebes verschwindet. Der Großbetrieb ist nur lebensfähig durch regelmäßigen Auftragseingang von seiten der Großbauherren. Tatsächlich kann man dies im Maurergewerbe z. B. feststellen. Es waren

J a h r	Kleinbetriebe mit 1—5 Pers.	Mittelbetriebe mit 6—50 Pers.	Großbetriebe
1907 . . . . .	79,9 v. H.	16,6 v. H.	3,5 v. H.
1925 . . . . .	63,2 „	32,7 „	4,1 „

Der Psychose der Zeit folgend, hielt auch die „Rationalisierung“ im Baugewerbe ihren Einzug. Hiermit wurde unbewußt ein starker Schlag gegen die mittelständische Wirtschaft geführt. Selbst Bauherren wie die Gagfah, die auf Grund ihres Arbeitsgebietes gezwungen ist, auch kleine Bauvorhaben und einzelne Heimstätten zu errichten, konzentrierten ihre Bauvorhaben auf wenige Großbaustellen. Bezeichnet man als solche Baustellen diejenigen, wo hundert und mehr Wohnungen gleichzeitig gebaut wurden, so ergibt sich bei der Gagfah z. B., daß sie in den Jahren 1927 bis 1930 55 bis 62 v. H. aller ihrer Bauten in Großbaustellen zusammenzog. Genau so wie es dieses eine Beispiel zeigt, lagen auch die Verhältnisse bei allen jenen Baugesellschaften und Körperschaften, die aus öffentlichen Mitteln die Finanzierungsmöglichkeiten erhielten.

Wenn heute über fehlerhafte Bauprogramme und Kapitalfehlleitungen gesprochen wird, so trifft das Baugewerbe als solches keine Schuld. Die Verantwortung liegt bei den Bauherrenorganisationen. Die politische Führung glaubte, diese aus dem Wirtschaftsprozess herausgliedern zu müssen, um sozial zu wirken. Diese Autonomisierung, der Aufbau von Regiebetrieben, die Ausschaltung der Privatinitiative durch Einpressen des lebendigen Organismus in einen Organisations-schematismus haben einen falschen strukturellen Aufbau herbeigeführt. Letzten Endes ist die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmungen nie besser gewesen als die von privaten Unternehmungen. Für die Zukunft lautet daher die bereits von höchster Stelle verkündete Lösung: Eingliederung der Privatinitiative.

Der Rückblick über die Nachkriegsentwicklung der Bauwirtschaft wäre unvollständig, wenn man nicht die Bestrebungen, das Unternehmertum zu sozialisieren, erwähnen würde. Ausgehend von der These der Verstaatlichung der Produktionsmittel, wurde die Gründung von Baugesellschaften versucht. Diese erwiesen sich jedoch nur in enger Anlehnung an die ihnen nahestehenden Gewerkschaften lebensfähig. Vergegenwärtigt man sich, wie im einzelnen die Umsätze der sozialen Baubetriebe in den Jahren 1924 bis 1929 zusammengesetzt waren, so ergibt sich, daß bei weitem der größte Teil des Umsatzes auf gemeinnützige Auftraggeber entfiel, nämlich 53 bis 73 v. H. Der Anteil der öffentlich-rechtlichen Körperschaften beträgt 32 bis 15 v. H., während der Anteil privater Auftraggeber nur 18 bis 12 v. H. beträgt.

Die Wendung im Wohnungsbau ist im Jahre 1932 eingetreten. Durch den Fortfall der öffentlichen Zuschussung, das Versiegen des Kapitalmarktes seit dem Juli 1931 und durch ein stärkstes Zurückgehen der Nachfrage infolge der Einkommensschrumpfung sind größere Häuserblocks kaum noch errichtet worden. An ihre Stelle sind das Eigenheim und das Siedlungshaus einfacher Ausstattung getreten. Diese Bauten konnten noch vom freien Kapitalmarkt her finanziert werden. Der private Bauherr rückt entschieden in den Vordergrund. Die Bautätigkeit auf dem Lande gewinnt in diesem Zusammenhang erhöhte Bedeutung. Während im Jahre 1929 der Wohnungszugang 330 000 und im Jahre 1930 252 000 Wohnungen betrug, betrug er im Jahre 1932 nur noch 110 000 Wohnungen, wobei etwa 20 v. H. der Wohnungen durch Umbau gewonnen wurden. Die Beschäftigung im Baugewerbe ist dementsprechend gesunken

(vgl. Abb. 5). Hierbei ist jedoch zu beachten, daß sich seit 1931 der Schwerpunkt der baugewerblichen Produktion immer stärker nach dem Tiefbau verschiebt. Während in den vergangenen Jahren auf den Tiefbau von der gesamten baugewerblichen Produktion ein Drittel entfiel, ist sein heutiger Anteil auf drei Fünftel gestiegen.

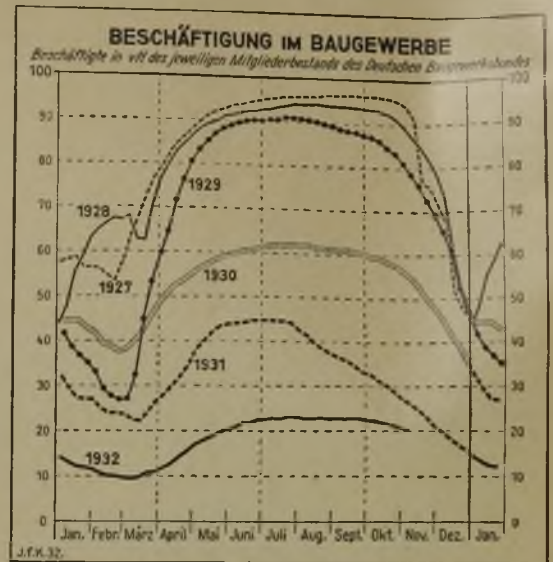


Abb. 5

### Der öffentliche Hochbau

Namentlich von seiten ausländischer Kritiker ist darauf hingewiesen worden, daß die an Deutschland gegebenen

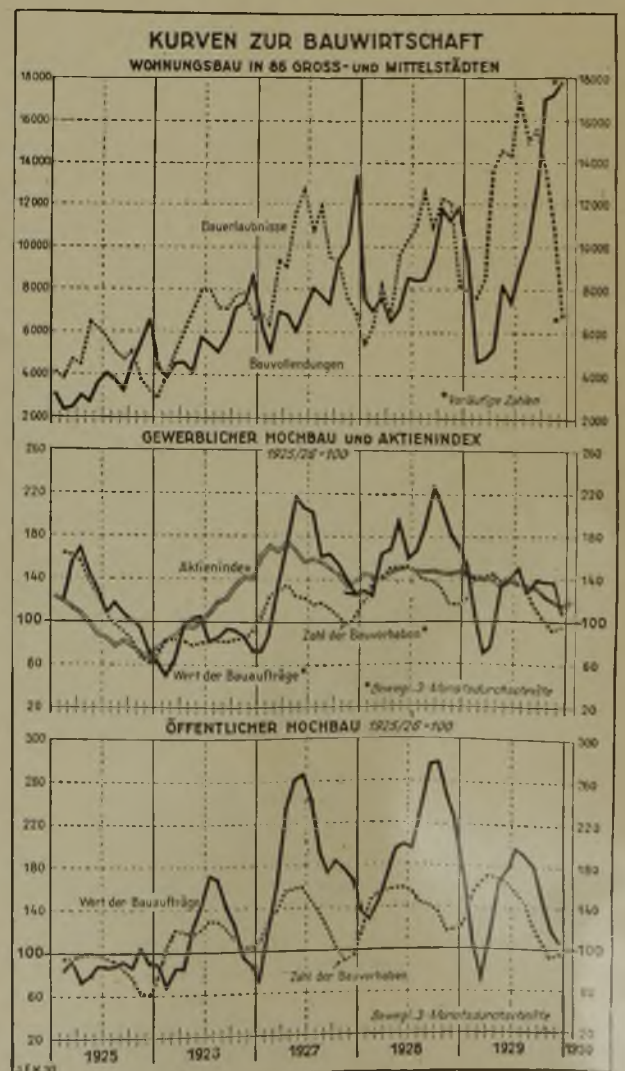


Abb. 6

Anleihen in Luxusbauten der öffentlichen Hand angelegt worden seien. Wenn auch heute die Ausstattung mancher öffentlicher Bauten zur Kritik im eigenen Lande herausfordert, so kann den ausländischen Kritikern entgegengehalten werden, daß es kulturelle und zivilisatorische Bauaufgaben gibt, die nur die öffentliche Hand bauen kann. Selbst solche Bauten sind notwendig, die nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen keine klingende Rente abwerfen. Trotzdem sind diese Anlagen in höherem Sinne produktive. Aber auch diese stellen in der gesamten öffentlichen Bautätigkeit nur einen bescheidenen Anteil. Die öffentliche Investitionspolitik soll als Ausgleich die Schwankungen der Konjunktur aufnehmen. Den einzigen Vorwurf, den man in dieser Beziehung erheben könnte, ist der, daß die öffentlichen Stellen dem allgemeinen Zuge der Baukonjunktur ohne weiteres folgten und anstatt Mittel zur Förderung der Bautätigkeit für einen Konjunktumschwung bereit zu halten, diese schon verausgabt hatten und als erste zu Beginn der Depression im Jahre 1929 durch Sparmaßnahmen krisenverschärfend einwirkten (vgl. hierzu Abb. 6). Die beginnende Krise von Mitte des Jahres 1929 zum Jahre 1930 nahm ihren Ursprung vom Kapitalmarkt her. Die Verzögerung in den Zahlungseingängen, selbst bei kommunalen Aufträgen, führte zu einer raschen Steigerung der Insolvenzziffer im Baugewerbe.

### Baustoffindustrie

Ein wesentliches Merkmal für die wirtschaftliche Entwicklung in der Baustoffindustrie ist die Widerstandsfähigkeit der organisatorischen Zusammenschlüsse gegen die Konjunkturschwankungen, die eine starke Belastung der einzelnen Werke mit sich bringen. Nach Beendigung des Krieges war als Folge der Kohlenbewirtschaftung in der gesamten Baustoffindustrie ein straff organisiertes Verbandswesen vorhanden. Im Laufe der Jahre haben sich diese Verbundenheiten immer mehr gelockert, wodurch in letzter Zeit ein Zustand eingetreten ist, der den Staat aus gesamtwirtschaftlichen Gründen veranlaßt, in Form zu schaffender Zwangskartelle oder zu bildender Preiskonventionen einzugreifen, um der Volkswirtschaft schädliche Auswirkungen zu vermeiden. Dies ist allerdings nicht allein in der hier in Frage stehenden Industrie der Fall. Bis zum Jahre 1929 ist die Entwicklung verhältnismäßig organisch verlaufen. Durch den starken Anstieg der Konjunktur veranlaßt, haben alle Industrien ihre Investitionspolitik stark vorwärtsgetrieben. Als dann der Konjunktumschwung eintrat, war es den Werken unmöglich, ihre volle Kapazität auszunutzen. Dies führte naturgemäß zu einem immer schärfer werdenden Konkurrenzkampf.

Am deutlichsten ist diese Entwicklung offenbar geworden in der deutschen Zementindustrie. Dieser sehr stark syndizierte Industriezweig hat mit allen wirtschaftlichen Machtmitteln die Aufrechterhaltung der Syndikate verfolgt. Durch Übernahme und Kauf von Konkurrenzunternehmen wurde zunächst der Wirtschaftskampf zugunsten des wirtschaftlich Stärkeren entschieden. Als jedoch Stilllegungen größerer und moderner Betriebe zu großen Schwächungen der Wirtschaftskraft führten und sich andere lebenskräftige Unternehmungen aus dem Verband herauslösten, entstand die allgemein bekannte Krise mit den Außenseitern. Da diese nicht die Lasten des Syndikats abzuschreiben haben, sondern nur ihre eigenen Produktionsmittel amortisieren, sind diese wirtschaftlich viel leistungsfähiger und wirtschaftlich krisenfester als das Syndikat. Infolgedessen versagte die Methode bezirklicher Kampfpreise, die angewandt wurde, um unliebsame Konkurrenten auszuschneiden. Die schon seit langem jetzt in der Zementindustrie schwebende

Krise, deren Lösung viele Kreise durch die Verkündung der Zwangskartelle einer Lösung entgegengebracht sahen, ist bisher noch ein offenes Problem geblieben. Es ist jedoch aus konjunkturpolitischen Gründen zu erwarten, daß sich der augenblickliche Wirtschaftszustand infolge der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Regierung, die namentlich auf dem Gebiete des Tiefbaues und des Straßenbaues mit einem erhöhten Absatz von Zement rechnen lassen dürfen, bessern wird.

Im Gegensatz zur Zementindustrie bestanden in der Kalkindustrie nur Preiskonventionen. Immerhin waren in ihrem Wirtschaftsverband, dem Deutschen Kalkbund, 90 v. H. der Kalkerzeugung zusammengeschlossen. Aber auch hier sind seit dem Jahre 1929 bedeutende Lockerungen eingetreten. Erst in letzter Zeit sind im Zusammenhang mit dem beabsichtigten berufsständischen Aufbau der Industrie durch die Gründung der Reichsfachschaft Kalk wieder etwa 90 v. H. der Produktion organisatorisch und organisch zusammengeschlossen.

Die starke Zersplitterung der Produktion in der Ziegelindustrie ist den oben erwähnten Formen der verwandten Baustoffindustrien nicht günstig gewesen. In diesem Industriezweig sind auch heute noch die unterschiedlichsten Strömungen vorhanden, so daß dieser Zweig der Baustoffindustrie weniger den Charakter einer Industrie, als vielmehr den eines Gewerbes hat.

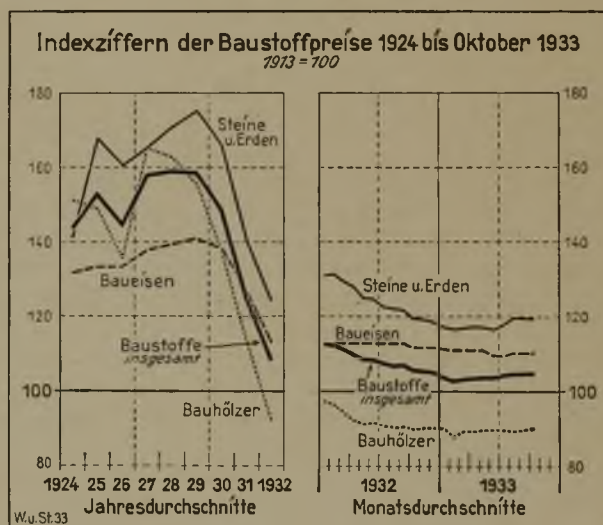


Abb. 7

Die in Abb. 7 wiedergegebenen Indexziffern der Baustoffpreise lassen erkennen, daß bis zum Jahre 1928 einem ständigen Steigen der Preise, abgesehen von dem Konjunkturreinbruch 1926, ein außerordentlich scharfer Rückschlag gefolgt ist (vgl. auch die folgende Tabelle der Baukosten- und Baustoffkostenindizes).

Monat	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Januar....	151,8	147,7	149,7	157,6	156,8	158,0	131,6	112,7	103,7
Februar....	153,0	143,5	151,0	158,0	156,8	157,6	130,1	112,5	102,7
März.....	152,4	142,9	155,1	157,5	156,9	157,1	127,9	111,0	103,0
April.....	151,3	142,0	154,7	158,2	156,9	157,0	125,7	109,9	103,2
Mai.....	152,3	141,8	160,1	160,0	157,0	156,2	125,3	108,4	103,5
Juni.....	154,3	141,7	160,8	160,9	157,7	153,3	124,7	108,4	103,4
Juli.....	154,7	143,8	160,7	160,8	158,8	148,6	125,0	107,2	104,3
August....	155,3	144,0	161,0	160,0	160,8	144,6	125,2	106,8	104,7
September..	155,2	146,5	162,4	159,6	161,5	141,8	123,9	107,0	104,9
Oktober...	154,1	146,7	162,0	159,2	161,7	139,9	122,6	105,6	104,7
November..	151,6	146,6	160,9	159,1	161,2	136,7	121,4	105,4	105,2
Dezember..	150,3	147,9	157,8	158,3	160,9	134,7	118,5	105,0	

Erst in allerletzter Zeit ist durch Bildung der Preiskonventionen ein Stillstand in dieser Abwärtsbewegung eingetreten.

Monat	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Januar	133,2	154,7	174,9	161,5	172,7	175,5	174,9	163,2	143,8	125,1
Februar	128,1	158,5	173,0	161,5	172,7	175,5	174,2	162,5	142,6	125,0
März	132,0	164,3	170,4	162,7	172,8	175,6	173,9	161,7	140,7	125,1
April	138,2	166,2	168,1	163,8	175,6	178,3	173,2	156,1	139,4	125,0
Mai	143,8	170,2	165,9	168,5	175,8	178,8	172,5	154,1	130,6	125,1
Juni	140,7	173,2	164,8	169,4	176,0	179,3	171,4	154,7	129,3	125,5
Juli	136,1	175,6	162,7	169,7	175,8	179,1	170,2	156,9	127,9	125,5
August	135,3	177,7	162,5	170,2	175,8	179,3	169,4	155,7	127,2	126,1
September	140,2	179,0	162,5	171,6	175,8	179,5	168,3	153,6	126,9	126,6
Oktober	141,0	177,9	162,5	172,0	177,0	179,1	168,3	152,2	125,7	126,6
November	146,3	177,2	161,8	172,0	177,0	178,6	167,3	151,4	125,3	
Dezember	151,7	176,0	160,8	172,0	176,7	178,3	166,6	149,1	125,3	
Jahresdurchschnitt	138,9	170,9	165,8	167,9	175,3	178,1	170,9	155,9	132,1	

<sup>1)</sup> Ab 1928 Durchschnitt für 15 Städte; die Ziffern für 1924 bis 1927 sind nach der Bewegung der bisherigen Indexziffer und der Indizes mehrerer Baumärter zurückgerechnet.

Am stärksten betroffen von dem Rückgang der Preise war der Schnittholzmarkt. Von 1926 zu 1927 waren die Preise außerordentlich gestiegen und hatten Veranlassung gegeben, daß ein großes Angebot von Holz auf den Markt kam. Da des weiteren die Landwirtschaft unter immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen zu wirtschaften hatte, erfolgten auch von dieser Seite her zur Schöpfung neuer Geldmittel und Kredite starke Holzeinlieferungen. Hinzu kam, daß durch die hohe Einfuhr, hier sei insbesondere des russischen Dumping Erhöhung getan, ein starker Preisdruck ausgeübt wurde. Dies alles bewirkte den scharfen Preisrückgang, dem erst vor kürzester Zeit eine kleine Erholung gefolgt ist, die den handelspolitischen Maßnahmen und der vorsichtigen Angebotspolitik des Waldbesitzes zu verdanken ist. Durch das jüngste Eingreifen des Landwirtschaftsministers sind wesentliche Preisaufbesserungen bei den Auktionen und Verkäufen erzielt worden. In diesem Zusammenhang ist zu begrüßen, daß die Regierung durch das vor einigen Tagen erlassene Waldgesetz den Einschlag von Holz beschränkt und somit volkswirtschaftliche Verluste vermeidet.

### Der Kapitalmarkt

Es kann nicht Aufgabe vorliegender Betrachtung sein, umfassend die Entwicklung und Lage des Kreditmarktes in den Nachkriegsjahren darzustellen. Es werden vielmehr nur diejenigen Angaben gemacht, die von unmittelbarem Einfluß auf das Baugewerbe und die Bautätigkeit sind. Da das Baugewerbe entscheidend von der Versorgung mit Krediten abhängig ist, wird es sich darum handeln, festzustellen, in welcher Art die Kreditinstitute diesen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten gerecht werden konnten.

Das gesamte für die Wirtschaft in Gestalt von Kurz- oder Langkrediten verfügbare Kreditvolumen kann nur wachsen, wenn die Quellen, aus denen dieses Kreditvolumen letzten Endes finanziert werden muß, kräftiger zu laufen beginnen. Diese Quellen sind die in Form von Einlagen bei den Kreditinstituten anlaufenden Summen oder die durch Verkauf von Wertpapieren sich ansammelnden Kapitalien. Darüber hinaus kann der Gesamtbetrag der verfügbaren Kredite nur steigen, wenn der einheimischen Wirtschaft Auslandskredite zur Verfügung gestellt werden. Da durch die verheerende Wirkung der Inflation aus Ersparnissen keine Kreditschöpfung möglich war, war die anfänglich einzige Kreditquelle das Ausland. Nur langsam erfolgte erst die inländische Kapitalbildung. Dies zeigt am besten die Entwicklung der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen (vgl. Abb. 8). Die Spareinlagen waren von 25 Mill. RM Ende 1923 in knapp 7 1/2 Jahren, bis Ende Mai 1931, wieder auf 11,2 Mrd. RM angewachsen. Mitte 1931 wurde diese Aufwärtsbewegung der Spareinlagen durch die Kreditkrise jäh unterbrochen. Es folgte eine Periode

der Einlagenabzüge, die bis zum Spätsommer 1932 andauerte.

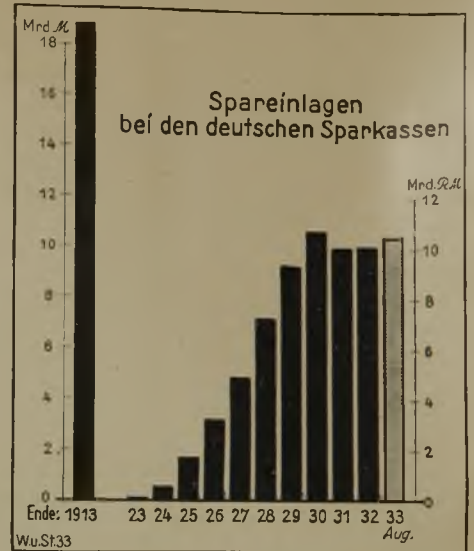


Abb. 8

Der Zuwachs des Kreditvolumens ist also direkt abhängig von der innerdeutschen Geldkapitalbildung. In der modernen Wirtschaft spielt aber die Bildung von Geldkapital durch Ersparnis nicht die große Rolle, die ihr vielfach beigemessen wird. Die Kapitalbildung ist vielmehr überwiegend eine Funktion der Wirtschaftstätigkeit; sie steigt mit dem Aufschwung und erwächst aus den zusätzlichen Einkommen der Erwerbs- und Verbrauchswirtschaft, die aus der Umsatz- und Absatzbelebung entstehen. Die hohen Kreditkosten (vgl. Abb. 9) behinderten aber so

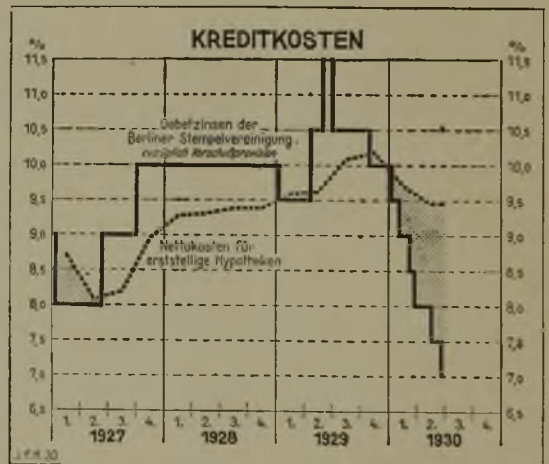


Abb. 9



Abb. 10

stark die Möglichkeiten, Gewinne und Verdienste zu erzielen, daß sich die allgemeine Weltwirtschaftskrise verstärkt auswirken mußte in einer Entwertung eines Teiles des volkswirtschaftlichen Realkapitals. Dieser Tatbestand ist beispielsweise aus den Bilanzen der deutschen Aktiengesellschaften ersichtlich (Abb. 10).

Die Zinslast der deutschen öffentlichen und privaten Wirtschaft, d. h. der Betrag, den die Wirtschaft für die Verzinsung der aufgenommenen Kredite zahlen muß, läßt sich für das Jahr 1932 auf etwa 6 Mrd. RM schätzen. Dieser Betrag liegt um rd. 1,6 Mrd. RM unter dem, der 1931 aufzuwenden war. Von dieser Zinslast im Betrage von 6 Mrd. RM entfallen etwa 1,2 Mrd. RM, also mehr als 20 v. H., auf die Verzinsung von Auslandskrediten, und zwar je zur Hälfte auf kurzfristige und langfristige Kredite.

Durch die Kreditkrise 1931 verloren alle Kreditinstitute ihre Liquidität. Das Liquidationsproblem beherrscht auch heute noch ausschlaggebend die Kreditpolitik. Eine Lösung ist erst jetzt angebahnt durch den am 20. September verkündeten großangelegten Wirtschaftsplan der Reichsregierung, der die Stärkung des Kapitalmarktes durch die bekannten Sondermaßnahmen (Konsolidierung der Gemeindeschulden, Entlastung der Gemeindehaushalte von den Wohlfahrtsausgaben, aktives Eingreifen der Reichsbank auf dem Kapitalmarkt, Sonderkredite und Steuerentlastungen auf verschiedenen Gebieten) versucht.

Die Investitionspolitik unserer Banken während der Nachkriegsjahre ist bereits Gegenstand häufiger Kritik gewesen. Insbesondere ist den Pfandbriefanstalten und Hypothekenbanken nicht der Vorwurf zu ersparen, daß die fehlerhafte Begebung von Großhypotheken und die Unterstützung der Neuverschuldung des Althausbesitzes den volkswirtschaftlichen Belangen nicht dienlich gewesen ist. Dies drückt sich leider darin aus, daß weite Volkskreise heute den Banken nur mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüberstehen. Nur eine Bankenpolitik, die durch ihre Taten das Vertrauen zurückgewinnt, kann diesen Instituten den lebendigen Einbau in unser Wirtschaftsleben zurückgeben.

Gegenüber der Vorkriegszeit lassen sich im Immobiliarkredit recht bedeutsame Umschichtungen feststellen, sowohl hinsichtlich der Kreditgeber, als auch in der Kreditverteilung.

Der Wiederaufbau des privaten Hypothekarkredits ist verhältnismäßig zögernd vor sich gegangen. Ende 1931 waren nur etwa 28 v. H. des Vorkriegsstandes an privaten Hypothekarkrediten erreicht, während der Anstaltskredit bereits mehr als die Hälfte seines Vorkriegsbestandes wiedererlangt hatte. Die Gründe für den verhältnismäßig geringen Umfang des privaten Hypothekarkredits in der Nachkriegszeit liegen in einer Abkehr weiter Bevölkerungskreise von der direkten Hypothekengewährung. Statt dessen ist die Anlage in festverzinslichen Werten, insbesondere in Pfandbriefen, Übung geworden. Der private Geldgeber bevorzugt eine Kapitalanlage, die er jederzeit realisieren kann, was bei direkter Hypothekengewährung nicht der Fall ist. Die Entstehungsursache von Privathypotheken ist zudem meist ein Grundbesitzwechsel, wobei der Verkäufer ein Restkaufgeld stehen läßt. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung des Hypothekenkredits:

Besondere Bedeutung haben in den Nachkriegsjahren die der Kreditschöpfung dienenden Bausparkassen erlangt. Aus dieser Quelle sind dem Baumarkt in den letzten beiden Jahren je etwa 50 Mill. RM zugeflossen. Die seit etwa vier Jahren in Deutschland im Anschluß an die regionalen Sparkassen- und Giroverbände bestehenden öffentlichen Bausparkassen haben bis Ende Juli 1933

Jahr	Immobiliarkredit	davon			Anteil am Immobiliarkredit		
		Anstalts-hypo- theken	Privat-hypo- theken	Hauszins- steuer u. sonstige H.	Anstalts- hypo- theken	Privat-hypo- theken	Hauszins- steuer u. sonstige H.
		Mrd. RM. bzw. M.			v. H.		
1913	62,2	37,2	25,0	—	59,8	40,2	—
1928	26,7	16,2	5,9	4,6	60,7	22,1	17,2
1929	29,9	18,2	6,0	5,7	60,9	20,1	19,0
1930	33,3	20,1	6,5	6,7	60,4	19,5	20,1
1931	35,3	21,1	7,0	7,2	59,8	19,8	20,4

53 803 Verträge über 270,9 Mill. RM abgeschlossen. Bisher sind zugeteilt worden 9162 Verträge mit 55,3 Mill. RM. Insgesamt haben die privaten und öffentlichen Bausparkassen (ohne den 100-Mill.-Kredit) etwa 450 Mill. RM zur Zuteilung gebracht.

Wir geben auf folgender Seite eine Zusammenstellung der für die Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellten Mittel.

### Ausblick

Aus der Entwicklung der Bauwirtschaft während der Nachkriegsjahre sind rücksichtslos die Folgerungen für die Zukunft zu ziehen. Wir leben in einer Zeit, die geradezu umlauft von Problemen. Der politische Umschwung bedeutete gleichzeitig einen Bruch mit überlieferten Wirtschaftsformen und Rechtsordnungen. Es hat sich herausgestellt, daß ein wesentlicher Teil dieses Gerippes unseres staatlichen Aufbaues nicht mehr tragfähig ist für die Neugestaltung unseres Volkskörpers. Wie weltanschaulich der Individualismus zusammengebrochen ist, so ist auch der Begriff des Individuums in seiner Betätigung im Staate neu zu fassen. Damit erhält die als Privatinitiative gekennzeichnete Tätigkeit des einzelnen neue Gesetzmäßigkeit. Seine Tätigkeit muß sich einfügen in den Gesamtorganismus, andererseits darf der Staat durch seine Eingriffe die Beziehungen zwischen schöpferischer Einzelkraft und Volksganzem nicht lahmlegen.

Wo die Wirtschaftstätigkeit des einzelnen in der vergangenen Zeit dem Staate in seiner Aufgabenerfüllung nicht gerecht zu werden drohte, griff dieser in mehr oder minder scharfer Form zur eigenen Übernahme dieser Aufgaben in Form von Sozialisierung oder in Form der Errichtung von Regiebetrieben ein. Diese Herausgliederung privater Wirtschaftsbetätigung aus dem Gesamtorganismus konnte nur zu Störungen führen. Es muß in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß durch die Unzulänglichkeit gewisser Rechtsformen schwerste Schädigungen der Gesamtheit herbeigeführt werden konnten, ohne daß der dafür Verantwortliche die geringste Gesetzesverletzung zu begehen brauchte. Die Erkenntnis dieses Zustandes hat sich bereits allgemein so weit durchgesetzt, daß eine Neuordnung für das Rechtsempfinden des Volkes Notwendigkeit geworden ist.

Die Zukunftsaufgabe ist, dem deutschen Menschen Lebensraum zu schaffen. Die möglichen Lösungen müssen ohne überlebten Historizismus und ohne Gefühle der Romantik gelöst werden. Die Beziehung zwischen Stadt und Land wird hierbei immer der Ausgangspunkt bleiben. Die Herauslösung einer der Teilaufgaben, nämlich der Landsiedlung oder der Altstadtsanierung, muß deswegen scheitern, weil durch künstliche Maßnahmen das Gleichgewicht zwischen beiden Entwicklungsformen gestört würde. Das Beispiel der Erwerbslosensiedlung zeigt, nachdem jetzt schon eine Umstellung dieser Art der Siedlung zur Kurzarbeitersiedlung erfolgt ist, wobei der Ansatzpunkt nicht mehr die Großstädte sind, sondern die mittleren und kleinen Städte, daß den Lebensvorgängen

Rechnung getragen werden muß. Es würde auch eine Eigenheimsiedlung mit mehreren tausend Bewohnern in der Nähe der Großstadt wohl lebensfähig sein, aber an anderem Standort eine völlige Fehlorientierung bedeuten. So ist auch denkbar, daß die Aufsiedlung des Ostens nicht nur an die Wirtschaftsformen des Bauernstandes allein gebunden ist, sondern auch bestimmend beeinflusst wird von den Ausstrahlungen der im Ostgebiet vorhandenen oder eventuell zu schaffenden Städte mit deren Wirtschafts- und Industriezentren; aber diese zukünftige große kolonialisatorische Aufgabe im Osten wird erst dann einer Inangriffnahme zugeführt werden können, wenn die politischen Verhältnisse derart geklärt sind, daß eine ruhige Entwicklung vorauszusehen ist.

Die Lösung des Problems der Altstadtsanierung macht zur Voraussetzung, daß bestehende Rechtsformen über das Eigentum an Grund und Boden fortentwickelt werden. Es sind Ansätze erkennbar, daß das deutsche Recht das bisher herrschende Römische Recht in einigen wesentlichen Punkten wird ersetzen müssen. Darüber hinaus sind aber schon jetzt vorbereitende Maßnahmen wirtschaftlicher und gesetzlicher Natur zu treffen, damit nicht Verluste eintreten, die die gesamte Volkswirtschaft belasten würden. Als derartige zunächst zu erreichende Ziele seien folgende genannt: Ausweisung der am stärksten sanierungsbedürftigen Gebiete in sämtlichen Städten, Maßnahmen zur tatsächlichen Abschreibung der Entwertungen des städtischen Grundbesitzes, Tilgung der auf dem Altbesitz ruhenden Schuldenlasten, Neuordnung des Realkredits und der ihm dienenden Institute. Es wäre zu begrüßen, wenn die seit langem in Fachkreisen bekannten Vorschläge aus dem Schubfachdasein erlöst werden könnten. Alle Maßnahmen, die in der Stadt ebensoviel als auch die auf dem Lande, müssen Wohnungs- und Wirtschaftsverhältnisse herbeiführen, die sich den biologischen Bedürfnissen des Volkes anpassen.

Eine Bilanz über die Tätigkeit im Bauwesen wurde der Öffentlichkeit vor Augen geführt durch die Bauausstellung im Jahre 1931. Die hier erörterten Probleme der Beziehung zwischen Stadt und Land mit der Gestaltung neuer großer Zukunftsaufgaben sind dort nicht zur Erörterung gekommen, vielmehr hatte man dort das Gefühl, zum Bauen gehörten nur Geld, Boden und Baustoffe. Es wurde nur, das Wohnungswesen betreffend, gezeigt, in welcher Weise der Staat der Notdurft Abhilfe geschaffen hat; die schöpferische Idee kam nicht zur Geltung. So mußte der Eindruck entstehen, daß durch Herstellung von soundsoviel tausend Wohnungen das Problem Wohnung gelöst sei. In Wirklichkeit umfaßt das Problem Wohnung auch die Begriffe Arbeit, Wirtschaft, Heimat, Bevölkerungsaufbau. Faßt man in diesem Sinne das Bauen als eine diesen Aufgaben dienende Betätigung auf, so erscheint es fraglos als selbstverständlich, daß ein Volk, das nicht mehr baut — wohlgemerkt, ein Volk, nicht eine Regierung —, keine Lebensenergien mehr entwickelt, also im Kreise der Völker zum Absterben verurteilt ist. Durch das Herausstellen der rein mechanischen Dinge hat daher auch das Ausland nicht den richtigen Einblick in die wahren Lebensverhältnisse unseres Volkes gewinnen können. Wie lebensnotwendig aber das Bauen für ein Volk ist, geht daraus hervor, daß jetzt die dortigen Regierungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in allererster Linie das Bauwesen einsetzen.

Bei der Fülle der Zukunftsaufgaben, die unser Volk jetzt in Angriff zu nehmen hat, ist eine baldige und lebenskräftige Wiedereingliederung des Bauwesens in unsere Wirtschaft zu erwarten.

## Bersicht über die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Reichs nach dem Stand von Mitte September 1933<sup>1)</sup> in Mill. RM

I. Nach der zeitlichen Folge		II. Nach Verwendungszwecken	
1. Frühjahrsprogramm 1932	165	1. Straßenbau	1 612
davon:		davon:	
Reich	135	Reichsautobahnen	1 400
Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung	30	Sonstiger Straßenbau	212
2. Sommerprogramm 1932	182	2. Wasserstraßen	59
3. Sondermaßnahmen betreffend Wohnungsbau	120	3. Flußregulierung	102
davon:		4. Sonstige Tiefbauarbeiten	248
im September 1932 für Hausinstandsetzung	50	5. Brückenbauten	14
im Januar 1933 für den gleichen Zweck	50	6. Versorgungs- und Verkehrsbetriebe	127
im Frühjahr 1933 Darlehen für Eigenheimbau	20	7. Hausinstandsetzungsarbeiten	400
4. Januarprogramm 1933	500	davon:	
5. Juniprogramm 1933 (Arbeitsbeschaffungsgesetz)	1 000	Wohngebäude	200
6. Reichsautobahnen (Gesetz vom 27. 6. 33.)	1 400	Öffentl. Gebäude	200
Zusammen	3 367	8. Eigenheimbau	20
		9. Vorstädtische Kleinsiedlung	150
		10. Landwirtschaftliche Siedlung	60
		11. Bodenverbesserung	244
		12. Sonstige Maßnahmen	331
		Zusammen	3 367

<sup>1)</sup> Inzwischen wurden durch Gesetz vom 21. 9. 33 weitere 500 Millionen RM für Zuschüsse zu Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden bewilligt.

### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsbahn

	1932 <sup>1)</sup>	1933	1934
1. Unterhaltung und Erneuerung des Oberbaues	93	95	60
2. Unterhaltung der sonstigen baulichen Anlagen	56	30	12
3. Erneuerung der sonstigen baulichen Anlagen	35	20	8
4. Unterhaltung der Fahrzeuge	—	12	20
5. Sonderprogramm für Fahrzeugverbesserungen	—	—	5
6. Unterhaltung und Erneuerung maschinenartiger Anlagen	—	7	4
7. Erneuerung der Fahrzeuge (Lokomotiven und Wagen)	63	15	63
8. Beschaffung von Kraftwagen	—	—	15
9. Auffüllung der Läger für Werkstoffe und Ersatzstücke	—	18	—
10. Neubaurechnung	39	28	98
11. Finanzierung von Reichsautobahnen <sup>2)</sup>	—	25	25
	280	250	310

<sup>1)</sup> 180 Mill. durch Verwertung von Steuergutscheinen aus der Beförderungsteuer und 100 Mill. aus eigenem Kredit. — <sup>2)</sup> In dem Betrag von 1 400 Mill. der vorangehenden Übersicht bereits enthalten.

### Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichspost

	1932 <sup>1)</sup>	1933
Elektrische Maschinen, Apparate	17,0	18,0
Kabel und Leitungsmaterial (einschl. Steine und Erden)	9,0	25,2
Maschinen-, Apparate-, Fahrzeugbau	2,0	6,6
davon Kraftfahrzeuge	1,4	4,936
Bahnpostwagen	0,6	1,626
Baugewerbe	5,0	26,0
davon Hochbau	4,0	15,399
Tiefbau (Kabel verlegen)	1,0	10,00
Geräte und Sonstiges (Eisen-, Stahl- und Metallwaren, Feinmechanik, Vervielfältigungsgewerbe, Möbel usw.)	1,0	0,8
Zusammen	34,0	76,6

<sup>1)</sup> Da Schatzanweisungen über ursprünglich 60 Mill. RM nicht durchführbar, wurde das Programm auf 34 Mill. RM verkleinert und aus laufenden Mitteln finanziert.

